

Sarah Wagenknecht: Freiheit statt Kapitalismus. Über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft. Erweiterte und aktualisierte Neuauflage. Campus Verlag Frankfurt 2012. 406 S., geb. m. SU. ISBN 978-3-593-39731-3, € 19,99

Der Titel des anzuzeigenden Buches spielt offenbar auf die Wahlkampfparole der CDU von 1976 „Freiheit statt Sozialismus“ an. Die Anspielung lässt sowohl die rhetorische Begabung der Autorin wie auch ihr Verständnis marktwirtschaftlicher Absatzpolitik im Verlagswesen erkennen.

Wer ein Buch in Form eines platten, parteipolitischen Pamphlets erwartet, wird angenehm überrascht. Die Autorin präsentiert eine kluge, kritische Analyse des wirtschaftlichen Geschehens der letzten drei Jahrzehnte. Auf dieser Grundlage entwickelt sie Vorschläge für einen radikalen Systemwechsel, weg von einem „unproduktiven Kapitalismus“ hin zu einem „kreativen Sozialismus“.

Den Leser beeindruckt griffige Formulierungen, hohes ökonomischen Verständnis und eine wohlstrukturierte Gedankenführung. Er wird andererseits nicht selten verärgert durch Widersprüche, Wahrnehmungsasymmetrien und arg selektive Literaturkenntnisse zum Thema.

Das Buch erschien in einer Erstausgabe 2011. Das Vorwort zur neuen Ausgabe datiert vom April 2012. Vermutlich hat die Eurokrise, deren Behandlung dem eigentlichen Inhalt des Buches vorangestellt wird, die Ergänzung veranlasst.

Im Kern umfasst das Buch zwei Teile, eine Kapitalismuskritik in Teil 1 sowie den Entwurf einer sozialistischen Alternative in Teil 2. Der Kern wird umrahmt von zweimal Ludwig Erhard. Im Prolog „Das gebrochene Versprechen Ludwig Erhards“ wird der Titel seines Buchs von 1957 „Wohlstand für Alle“ zum Maßstab erhoben. Ein Rezensent, der alt genug ist, sich an die Einkommens-, Vermögens-, Konsum- und Wohnverhältnisse des Jahres 1957 zu erinnern, nimmt die Deutung der heutigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland als „gebrochenes Versprechen“ mit Nachsicht zur Kenntnis. Im Epilog „Erhard Reloaded“ vertritt die Autorin die These, es sei an der Zeit, Erhards Versprechen einzulösen und zu diesem Zweck einen „Kreativen Sozialismus“ einzuführen.

Teil 1 beinhaltet eine Kritik am „unproduktiven Kapitalismus“. Die Finanzkrise von 2008 bietet den Einstieg. Banken, insbesondere Investmentbanken betrieben hochspekulative



Geschäfte, zahlten exorbitante Gehälter und Boni, erfänden höchst riskante, ja betrügerische Verbriefungen und formulierten Renditeansprüche ohne jegliche realwirtschaftliche Fundierung. Regulierungsversagen wie unzureichende Eigenkapitalvorschriften, Zulassung von Marktmacht von Ratingagenturen und Investmentbanken, Hinnahme des „Too-Big-To-Fail“-Dilemmas kämen hinzu. Die Großunternehmen der Produktionswirtschaft orientierten sich mehr und mehr am Shareholder-Value. Zu diesem Zweck werde das Eigenkapital reduziert, würden Ausschüttungen erhöht, Investitionen zu-

rückgefahren, teure und risikoreiche Innovationen unterlassen und langfristige Unternehmensstrategien zulasten kurzfristiger Gewinnmaximierung geopfert. Der Zusammenhang zwischen Leistung und Einkommen werde pervertiert. Leistungen aus Arbeit würden schlecht vergütet, leistungslose Einkommen in völlig unangemessener Höhe fließen Unternehmenseigentümern, Vermögensbesitzern und Erben zu. Wegen der höheren Sparfähigkeit der Bezieher höherer Einkommen wachse zudem deren Vermögen besonders schnell, was die Vermögensverteilung noch ungleicher und ungerechter mache als zuvor. Die Verschiebung der Einkommen von den Löhnen zu den Gewinnen lasse darüberhinaus Konsumnachfrage ausfallen, zu deren Kompensation der Staat durch Kreditaufnahmen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zur Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsstandes stützen müsse. Und schließlich zerstöre der Kapitalismus die Demokratie: Die Staaten stünden unter Aufsicht der Finanzmärkte und nicht mehr die Bürger, sondern die Großunternehmen und die sie kontrollierenden wenigen Familien bestimmten die Politik.

All diese Probleme seien einem kapitalistischen System inhärent, hätten sich aber in den letzten 30 Jahren potenziert, sodass es Zeit für einen Systemwechsel sei. Mit dem Neoliberalismus von Thatcher und Reagan seien Staat und Gewerkschaften geschwächt worden, die Deregulierung der Finanzmärkte habe die Finanzbranche krebstartig wachsen lassen und die resultierenden Risiken den Steuerzahlern auferlegt, und die Privatisierung schließlich habe aus bürgernahen gemeinnützigen Einrichtungen privatkapitalistische, konsumentenfeindliche Gewinnmaximierer gemacht.

Die Ausführungen der Autorin haben insofern eine feine Pointe, als sie sich zur Fundierung ihrer Kritik am Finanzsektor, an Deregulierung, Marktmacht und Einkommensverteilung primär auf liberale Ökonomen stützt. So haben die Ordoliberalen um Eucken und Böhm den Wettbewerb und damit die Verhinderung oder zumindest Beschränkung der Marktmacht für eine essentielle Bedingung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft angesehen. Jeder Liberale müsste gegen die Trennung von Eigentum und Haftung Sturm laufen und dennoch sind die Banken in der Lage, den Staat zu zwingen, ihnen ihre toxischen Wertpapiere abzunehmen, ihn insoweit in Geiselhaft zu nehmen und sie im schlimmsten Fall gar zu retten. Durch die fehlende Trennung werden die Gewinne der Banken privatisiert, ihre Verluste sozialisiert, was unverantwortliche Risikoübernahmen zum Zwecke der Gewinnerzielung geradezu zwingend nach sich zieht. Und auch die Verdienstexplosionen von Managern und Eigentümern werfen nicht nur für Sozialisten die Frage nach einer angemessenen steuerlichen Belastung von Spitzenverdienern auf, gehört doch die Chancengleichheit zweifellos zu den liberalen Grundsätzen. So haben denn auch eine ganze Reihe von Ökonomen, liberale und andere, die Deregulierung der Finanzmärkte und die Modalitäten der Bankenrettung scharf kritisiert. Das Buch „Casinokapitalismus“ von Hans Werner Sinn beispielsweise, das hier allerdings keine Erwähnung findet, ist eine der schärfsten Abrechnungen mit dem Regulierungsversagen in diesem Bereich.

Eine etwas differenziertere Betrachtung wäre sicherlich an der einen oder anderen Stelle hilfreich gewesen. So ist nicht nur die Verteilung des Volkseinkommens zwischen Gewinnen und

Für alle Fälle – das bewährte Nachschlagewerk für alle Prüfungsfragen!



Die Neuauflage des WP Handbuchs 2012

- vermittelt theoretische Grundlagen und praktisches Knowhow über die Tätigkeiten des Wirtschaftsprüfers.
- berücksichtigt sowohl rechtsform – als auch branchenabhängige Besonderheiten bei der Jahres- und Konzernabschlussprüfung.
- enthält die wesentlichen Änderungen durch BilMoG, ARUG, MoMiG, EHUG und viele weitere Regelungen und Gesetze.
- beinhaltet erstmals einen Online-Zugang zu den Inhalten des Bandes.
- bietet gewohnte IDW Qualität und praxiserfahrene Autoren.

Weitere Informationen unter: www.idw-verlag.de/wp-handbuch

Bestellen Sie jetzt

bei Ihrer Buchhandlung oder bei www.idw-verlag.de

IDW Verlag GmbH · Postfach 320580 · 40420 Düsseldorf
Tel. 02 11 / 45 61 - 222 · Fax - 206 · www.idw-verlag.de



12/138

Löhnen, sondern auch die Lohnschere, also die Einkommensverteilung zwischen den Lohneinkommensempfängern erheblich ungleicher geworden. Ferner verlieren Eigentümer sowohl Einkommen als auch Vermögen im Krisenfall, Manager hingegen nur Einkommen und erhalten im Regelfall auch noch eine Prämie dafür, dass sie gehen. Diese Sachverhalte passen allerdings nicht gut ins kapitalistisch-sozialistische „Unternehmer-Arbeitnehmer“ Schema. Schließlich sollte man auch nicht unterschlagen, dass die Bankbesitzer, also die Bankaktionäre, keineswegs schadlos aus der Finanzkrise hervorgegangen sind: Die Bankaktien in Europa haben seit Ausbruch der Finanzkrise 2007 nicht weniger als ca. 90% ihres Wertes verloren.

Teil 2 handelt unter der Überschrift „Kreativer Sozialismus. Einfach. Produktiv. Gerecht.“ den Entwurf einer alternativen Wirtschaftsordnung ab. Mit den vier Adjektiva *ornantia* wird eine Vorstellung von Sozialismus generiert, die das Gegenteil

art, nach einer Generation flächendeckend verstaatlichte Wirtschaft funktionieren würde. Die Älteren erinnern sich noch.

Die Autorin schließt ihren Entwurf in Teil 2 ab mit dem programmatischen Satz: „Es gibt Marktwirtschaft ohne Kapitalismus und Sozialismus ohne Planwirtschaft“. Eine sozialistische Marktwirtschaft also ist ihr Programm. Was aber soll man von diesem Programm halten, wenn im perspektivischen Schlusskapitel die Marktwirtschaft als „Wolfsgesetz der Konkurrenz“ diskreditiert wird? Wenn es überhaupt einen Schutz der Schwächeren im Markt, der Konsumenten, vor den Stärkeren im Markt, den Produzenten, gibt, dann ist es eben diese Konkurrenz der Produzenten untereinander um die Kaufkraft der Nachfrager. Ihre Existenz ist ein Segen, keine Plage.

Vor dem Hintergrund dieser, ihrer Weltsicht lassen sich die Ausführungen der Autorin zur Eurokrise leicht nachvollziehen. Ihre These ist, die heutigen Staatsschulden seien Ausfluss

der neoliberalen Politik der letzten 30 Jahre. Die durch Steuersenkungen für „die Reichen“ eingetretenen staatlichen Einnahmeausfälle seien eben durch Kreditaufnahmen finanziert worden. So seien die Staatsschulden von heute nichts anderes als die Steuergeschenke für die Reichen von gestern. Heute nun sollten diese Staatsschulden durch drakonische Sparmaßnahmen bei Rentnern, Kranken, sozial Schwachen abge-

baut werden. „Hilfspakete“ von außen dienen nur dazu, die Zinsansprüche der Gläubiger zu bedienen, kein einziger, einem Land als „Hilfe“ gewährter Euro erreiche die Bedürftigen im Lande. Solche Schulden seien nicht zu bedienen, sondern zu streichen. Dann würden eben genau jene Vermögen verlieren, die es zuvor in ungerechtfertigter Weise angehäuft hätten. Auf diese Weise von der Schuldenlast befreit, könnten die Staaten wieder ihre öffentlichen Aufgaben finanzieren und erbringen und müssten nicht in sinnloser Sparwut ihre eigenen Bevölkerungen drangsalieren.

Man muss nicht die Thesen der Autorin über Ursache und Abbau der Staatsverschuldung für richtig halten. Aber niemand wird der Autorin widersprechen können, wenn sie sagt, dass mittels der derzeit angewendeten Therapien in marktwirtschaftlich völlig inakzeptabler Weise Vermögensrisiken von Gläubigern auf Steuerzahler abgewälzt werden. Die Autorin verlagert mit ihrer Argumentation die Gläubiger-Schuldner-Diskussion von einer internationalen Perspektive (Griechenland versus Ausland, Nordeuropa versus Südeuropa) auf eine inner-nationale Perspektive (Empfänger versus Zahler von Schuldendienst, heutige versus zukünftige Generation). Dieser Perspektivenwechsel lässt für die Wohlhabenderen zukünftig nicht viel Erfreuliches erwarten. Darüber Klarheit geschaffen zu haben, ist kein geringes Verdienst. (khs)

Den Leser beeindrucken griffige Formulierungen, hohes ökonomischen Verständnis und eine wohlstrukturierte Gedankenführung. Er wird andererseits nicht selten verärgert durch Widersprüche, Wahrnehmungsasymmetrien und arg selektive Literaturkenntnisse zum Thema.

dessen beinhalten, was den Sozialismus bisher kennzeichnete. Die Autorin stellt hier zunächst ihre Konzepte zur Lösung der Schuldenkrise vor: Streichung der Altschulden, Verstaatlichung der Finanzwirtschaft und Rekapitalisierung der Banken durch eine Vermögensabgabe der Millionäre. In der Rentenpolitik müsse man zur staatlichen, umlagefinanzierten Rente ab 65 zurück, eine demographische Notwendigkeit für Rentenanpassungen gebe es nicht. Die Grundversorgung mit Wasser, Energie, Wohnen, Gesundheit, Mobilität, Bildung und die kommunalen Dienste gehörten in die Hand öffentlicher, dem Gemeinwohl verpflichteter Unternehmen. Für die Industrie gelte, dass staatliche Industrieunternehmen, wie die „Planification“ in Frankreich gezeigt habe, nicht weniger leistungsfähig seien als private, sodass die privaten Großunternehmen wegen ihrer Marktmacht zu verstaatlichen seien. Für Vermögen über eine Million sei eine Vermögenssteuer in Höhe von 5%-10% einzuführen, für Betriebsvermögen sei die Steuer an die Betriebsangehörigen in Form von Eigentumstiteln an den Betrieben zu zahlen. Die Erbschaftssteuer auf Vermögen von über einer Million solle 100% betragen, Betriebsvermögen sei den Betriebsangehörigen zu übertragen.

All das ist erfreulich klar.

Die Wirkungen ihres Programms sind es nicht minder. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, wie eine der-

Besuchen Sie uns auf der Frankfurter Buchmesse Halle 4.2 L431

swets